

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Liebe Genossinnen und Genossen,

nach zähem Ringen ist nun endlich klar, wie es künftig mit dem Steinkohle-Bergbau in NRW weitergeht. Der SPD ist der jetzt gefundene Kompromiss nicht leichtgefallen. Aber wir haben wesentliche Ziele durchsetzen können.

Mindestens bis 2018 wird in NRW Steinkohle gefördert. Und auch darüber hinaus bleibt ein Sockelbergbau möglich. Ausdrücklich sieht die Vereinbarung vor, dass 2012 überprüft wird, ob der Steinkohlebergbau über 2018 hinaus fortgesetzt wird. Wichtig ist für uns, dass kein Bergmann ins Bergfreie fällt. Zur Erinnerung: Ministerpräsident Jürgen Rüttgers wollte ein Ausstiegsdatum 2014 festschreiben. Das hätte Massenentlassungen bedeutet. Die SPD in Düsseldorf und Berlin hat das erfolgreich verhindert. Entscheidend ist auch, dass es mit dem Kompromiss nun endlich grünes Licht für den Börsengang der RAG gibt. Das eröffnet rund 50.000 Beschäftigten eine sichere Perspektive.

Für die NRWSPD bleibt klar: Wir wollen den Zugang zur Steinkohle offen halten. Angesichts der Unsicherheiten auf den Weltenergiemärkten ist das ein Gebot der Vernunft. Ich sage: Kohle ist nicht Vergangenheit, sondern Zukunft. Ein Sockelbergbau ist auch deshalb unerlässlich, weil er die Basis für die stark exportorientierte Zulieferindustrie in Sachen Bergbautechnologie ist. Allein im Jahre 2004 wurden Bergbaumaschinen im Wert von 1,1 Milliarden Euro ausgeführt.

Klar ist nach dem Kohle-Kompromiss auch: Das Land muss den Strukturwandel im Revier alleine bewältigen. Strukturhilfen des Bundes wird es nicht geben. Und das ist das Ergebnis der Verhandlungstaktik von Jürgen Rüttgers. Wir brauchen daher rasch Konzepte, damit es mittelfristig in den Kohlerückzuggebieten nicht zu strukturellen und sozialen Verwerfungen kommt. Die Landesregierung bleibt hier Antworten schuldig. Sie ist mit dem anstehenden Strukturwandel sichtlich überfordert. Die NRWSPD wird daher kurzfristig mit den Vertretern der betroffenen Städte und Kreise das Gespräch suchen. Die Frage nach den Perspektiven für die direkt oder indirekt vom Bergbau lebenden Menschen darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es geht um Verlässlichkeit und Vertrauen. Wir stellen uns dieser Herausforderung.

Eure Hannelore Kraft



GELSENKIRCHEN V

FÜR MEHR AZUBIS SORGEN

Bereits zum fünften Mal fanden Anfang Februar die „Gelsenkirchener Gespräche“ statt: Mehr als 140 Mandats- und Funktionsträger der NRWSPD aus dem Europaparlament, dem Bundestag, dem Landtag, dem Landesvorstand und den Kommunen arbeiteten zwei Tage gemeinsam an inhaltlichen Konzepten. Im Mittelpunkt stand dabei der soziale Zusammenhalt.

Im Zentrum der Diskussionen stand die Frage, wie durch eine vorausschauende und vorsorgende Politik soziale Schief lagen in der Gesellschaft verhindert werden können. In drei Arbeitsgruppen – „Wirtschaft und Innovation – Standort für die Zukunft“, „Moderne Infrastruktur – Basis für die Zukunft“ und „Qualifikation – Investition in die Zukunft“ – wurde diese Frage ausführlich behandelt. Die Ergebnisse flossen dann in die „Gelsenkirchener Erklärung“ ein.

Großer Raum wird dort der beruflichen Bildung eingeräumt. Neben der bewährten dualen Berufsausbildung streben wir in Kooperation mit den Trägern der Erwachsenenbildung den Ausbau der Berufskollegs zu regionalen Berufsbildungszentren an. Nach dem Schulabschluss sollen Jugendliche dort eine qualifizierte und anerkannte Berufsausbildung absolvieren können. Die Zentren sollen dabei mit über- und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten zusammenarbeiten.

Für kleinere und mittlere Unternehmen will die NRWSPD einen Anreiz schaffen, um neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Für die Einrichtung eines zusätzlichen Ausbildungsplatzes soll ein Unternehmen 2000 Euro erhalten, sowie weitere 2000 Euro, wenn der Auszubildende die Kammerprüfung besteht. Mit dieser aktivierenden Berufsbildungsfinanzierung soll verhindert werden, dass immer mehr Jugendliche auf staatliche Ausbildungsangebote angewiesen sind.

In der „Gelsenkirchener Erklärung“ wird auch das Modell „Bonus für Arbeit!“ gefordert. Es sieht vor, dass der Staat über den Verzicht auf Steuern und durch die Ersatzleistung von Sozialabgaben die selbstständige Lebensführung von Geringverdienern unterstützt. So soll für diese Ziel-



v.l.n.r.: Bernhard Rapkay MdEP; Hannelore Kraft, Vorsitzende der NRWSPD; Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales; Gerhard Langemeyer, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund; Rolf Stöckel MdB

gruppe ein zusätzlicher Anreiz geboten werden, eine Beschäftigung aufzunehmen.

NRW muss auf den globalen Zukunftsmärkten nachhaltig positioniert werden. Hierfür wird in der Erklärung eine strategische und ökologische Wirtschaftspolitik gefordert. Aus vorhandenem Know-how, wissenschaftlichen Erkenntnissen und neuen Technologien sollen so auf direktem Weg neue Produkte und Arbeitsplätze entstehen.

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Vizekanzler Franz Müntefering, ließ es sich nicht nehmen, zu den nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten zu sprechen. Seine Rede mit dem Titel „Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern – soziale Gerechtigkeit verwirklichen“ nutzte er zu einem Plädoyer für den Mindestlohn: „Jemand der Vollzeit arbeitet, der muss nachher auch so viel Geld in der Tasche haben, dass er sich und seine Familie ernähren kann!“

Der komplette Text der Gelsenkirchener Erklärung ist auf www.nrwspd.de abrufbar.

FRANK BARANOWSKI ZUM SPRECHER DER RUHRSPD GEWÄHLT

Die 15 SPD-Unterbezirke im Regionalverband Ruhr wollen in Zukunft stärker zusammenarbeiten. „Wir wollen unsere Schlagkraft im Ruhrgebiet erhöhen“, so der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Frank Baranowski. Er ist Sprecher des Koordinierungsgremiums der RuhrSPD, dem auch Dietmar Dieckmann (SPD Gelsenkirchen), Franz-Josef Drabig (SPD Dortmund), Thomas Eiskirch (SPD Bochum) und Dietmar Köster (SPD Ennepe-Ruhr) angehören.

Auch Hannelore Kraft, Vorsitzende der NRWSPD, freut sich über den Schulterschluss im Revier. „Ich bin sicher, dass die RuhrSPD den Menschen im Ruhrgebiet die Perspektiven für ein soziales und zukunftsfähiges Revier aufzeigt. Sie kann dabei auf die volle Unterstützung des Landesverbandes zählen.“

Die RuhrSPD will eine Politik aus dem Ruhrgebiet für das Ruhrgebiet. Deshalb wird es regelmäßige Sitzungen geben, zu denen auch Vertreter aus dem Europaparlament, dem Bundestag und dem Landtag hinzugezogen werden sollen. Ebenfalls sollen sozialdemokratische Politikerinnen und Politiker aus dem RVR und den Kommunen den Sitzungen beiwohnen.

Das Revier wächst zusammen. Deshalb ist ein ganzheitliches Programm für die Kohlerückzuggebiete erforderlich. Nur so können Zukunftsinvestitionen und soziale Stabilität ermöglicht werden. „Das erfordert auch engere und beschleunigte Abstimmungsprozesse“, findet Frank Baranowski. „Das Ruhrgebiet steht vor gewaltigen Aufgaben: Wir wollen eine nachhaltige Strukturpolitik, eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, eine zukunftsfähige Bildungs- Forschungs- und Wissenschaftspolitik, eine gelungene Integrationspolitik und eine umfassende Kulturpolitik. Wir stellen uns diesen Aufgaben. Um unsere Ziele zu erreichen, bedarf es der Kooperation und der Koordination.“ ■

v.l.n.r.:
Dietmar Dieckmann, Dietmar Köster,
Thomas Eiskirch, Frank Baranowski,
Franz Josef Drabig, Hannelore Kraft



Mitgliederwerbung
in Wulfen:
Bei den Wahlen in den
letzten Jahren ging es in
immer nach oben.



STARK VOR ORT: OV WULFEN BOOMT



Jeden Samstag machen die
Wulfener Genossinnen und
Genossen einen Stand vor
ihrem Bürgerbüro

Mitgliederzuwachs? In diesen Zeiten? Das halten die Medien landauf, landab mittlerweile für unmöglich und selbst manch gestandener Genosse wird bei dem Thema schon mal kleinmütig. Und es geht doch! Zum Beispiel im Ortsverein Wulfen. Wulfen, ist ein Stadtteil von Dorsten im Kreis Recklinghausen. Dort geschieht das, was wir dringend wieder brauchen: Ein ansehnlicher Anstieg der Mitgliederzahlen.

Vor der Kommunalwahl vor zweieinhalb Jahren waren im Ortsverein rund 80 Mitglieder organisiert. Heute sind es über 120. Das ist eine Entwicklung, die aufhorchen lässt. Welches Werbekonzept verfolgen die Genossen in Wulfen? Wie machen die das? Eine Frage, die der Ortsvereinsvorsitzende Michael Wronker selbstbewusst beantwortet: „Wir sind eben engagiert! Da treten die Leute dann auch ein.“ Ganz so einfach ist es natürlich nicht, räumt er dann im weiteren Gespräch ein. Aber eine große und teure Kampagne hat der Ortsverein nicht gestartet. Vielmehr setzt er auf die ganz klassische Ortsvereinsarbeit im Stadtteil. „Wir kümmern uns hier um die Menschen und das merken die auch. Wir helfen ihnen bei den täglichen Problemen“, sagt Walter Floss, der das Bürgerbüro der Wulfener leitet.

Mindestens vier Mal in der Woche ist das Büro geöffnet. Im Hochhausviertel von Wulfen-Barkenberge hat der Ortsverein ein Ladenlokal gefunden. Die Hochhäuser sind in den 60er Jahren von der LEG gebaut worden. Die Arbeitslosigkeit ist hoch in der Umgebung. „Viel Geld haben die Leute hier nicht. Aber viele Probleme und die Zeit, uns die zu schildern. Wenn wir können helfen wir, machen aber keine unhaltbaren Versprechen“, so Wronker, der durch seine Ratsmitgliedschaft über konkreten Einfluss verfügt, um die Dinge zu ändern und Missstände zu beheben. Das ist die Basis für ansehnliche Wahlerfolge. Bei allen Wahlen hat die SPD im Ortsvereinsgebiet in den letzten Jahren besser abgeschnitten als zuvor und lag deutlich über dem Schnitt. Getreu dem Motto des Ortsvereins: Wulfen – Viel zu schön um Schwarz zu sein.

Das Büro und die damit verbundene Präsenz ist der Dreh- und Angelpunkt für die Erfolge. Deshalb werden die Wulfener ihre Arbeit auf jeden Fall fortsetzen. Sie wissen aber auch: „Man braucht engagierte Leute, um den Laden am Laufen zu halten“, bemerkt Walter Floss. Da lässt der Mitgliederzuwachs dann wieder hoffen, dass sich ausreichend Helfer finden. „Auch materielle Hilfe ist willkommen. Wir sind finanziell nicht gerade auf Rosen gebettet und dankbar für alles, was uns kostenlos zur Fortsetzung unserer Arbeit zur Verfügung gestellt wird!“ ■

NRWSPD – Stark vor Ort:

NRWSPD – Stark vor Ort: In dieser Serie werden Beispiele für erfolgreiche Mitgliederwerbung, gelungene Mitgliederbetreuung und spannende Aktionen vorgestellt. Diesmal mit einem Bericht aus dem Ortsverein Wulfen, der seit zweieinhalb Jahren einen enormen Mitgliederzuwachs verzeichnen kann. ■

PERSONALENTWICKLUNG MIT PEP: MENSCHEN FINDEN, EINBINDEN, QUALIFIZIEREN

Die Herausforderung ist klar: Zur Kommunalwahl 2009 müssen mehr als 3000 neue Kandidatinnen und Kandidaten gefunden, qualifiziert und bekannt gemacht werden! Dieser Aufgabe stellt sich die NRWSPD mit dem Projekt PEP (PersonalEntwicklungsPlan). Aktive Mitglieder sollen individuell gefördert werden, Führungspersonal herangebildet werden. Bei einem Seminar in Lennestadt wurden jetzt ehrenamtliche PEP-Berater ausgebildet, die in den Unterbezirken, Stadtverbänden und Ortsvereinen bei der Personalentwicklung mithelfen sollen. Einige Pilotprojekte laufen bereits, weitere sind geplant. Nähere Informationen zu PEP gibt es im Landesbüro bei Wolfgang Hellmich (0211/13622-211 oder wolfgang.hellmich.nrw@spd.de)

EX-STAATSSSEKRETÄR MIT PEP

Interview mit Dr. Volker Schmidt, ehemaliger Staatssekretär im Landesministerium für Natur, Umwelt und Landesplanung in Kiel

VORWÄRTS: Warum machst Du als Ruheständler bei PEP mit?

ANTWORT: Wir haben in Deutschland offensichtlich ein Gesellschaftsproblem, das nicht nur, aber auch aus einem Parteienproblem herrührt: Unsere Gesellschaft ist demokratiekritisch geworden und den Parteien wird immer weniger geglaubt, dass sie ausreichend gute Leute für Wahlen aufstellen und danach in politische Ämter schicken. Mit PEP versucht die NRWSPD hier gegenzusteuern; dieser neue Ansatz verdient Unterstützung.

VORWÄRTS: Was ist Deine Aufgabe?

ANTWORT: Ich unterstütze SPD-Gliederungen in NRW beim Findungsprozess für geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl 2009.



Die PEP-Berater kommen gerne in die Ortsvereine und Unterbezirke und helfen bei der Personalentwicklung.

VORWÄRTS: Auf welche berufliche und politische Erfahrung kannst Du zurückgreifen?

ANTWORT: Ich war im öffentlichen Dienst alleine 24 Jahre leitend tätig, auf Bundes- und Landesebene – vom Referatsleiter bis zum beamteten Staatssekretär – und dazwischen ein Jahrzehnt lang Bürgermeister. Da hat man regelmäßig mit Parlamenten bzw. seiner Ratsversammlung oder Fraktion zu tun. Die letzten 10 Jahre habe ich Regierungen und Stadtverwaltungen im Ausland, vorwiegend in Asien, beraten und Planungsprozesse moderiert.



Dr. Volker Schmidt, ehemaliger Staatssekretär



Benedikt Giglio, jüngster PEP-Berater

DER JÜNGSTE PEP- BERATER BENEDIKT GIGLIO IM INTERVIEW

VORWÄRTS: Was hat Dich bewogen, bei PEP mitzumachen?

ANTWORT: Nun ja, ich denke, dass es allerhöchste Zeit ist für etwas mehr PEP(P) in der alten Tante SPD. Nur durch qualifizierte und motivierte Mitglieder lässt sich wirklich etwas bewegen!

VORWÄRTS: Wie funktioniert PEP?

ANTWORT: Jede Gliederung hat die Möglichkeit sich an die NRWSPD zu wenden und einen PEP-Berater anzufordern. Nach diesem Kontakt erfolgt dann die Erarbeitung eines individuellen Arbeitskonzepts mit der jeweiligen Gliederung. Das Kernziel von PEP ist die Findung von Nachwuchs und seine Qualifizierung bis zu den Wahlen 2009.

VORWÄRTS: Was könnte PEP denn für Vorteile für eine Gliederung bringen?

ANTWORT: Grob lässt sich dies sicherlich in den Schlagworten Mitgliederzuwachs, Erhöhung der Aktivenquote und Qualifizierung zusammenfassen. Ich würde mir wünschen, dass viel mehr Gliederungen dieses Angebot nutzen. Mit PEP werden nicht nur hervorragende Seminare gesichert, sondern vor allem auch eine kontinuierliche Begleitung des Prozesses, was bisher so in der NRWSPD einmalig ist!

JOHANNES RAU ALS UMWELTPOLITIKER

Von Dr. Stefan Mühlhofer

Die Macht des Bundespräsidenten beruht in erster Linie auf der Wirkung des gesprochenen Wortes. Unter den bisherigen Amtsinhabern gab es große Redner. Johannes Rau gehörte zweifellos dazu.

So verwundert es nicht, dass in letzter Zeit vermehrt Bände mit Reden von Johannes Rau erscheinen. Auch die vorliegende Zusammenstellung von Reden zum Umweltschutz zeigt sehr eindrücklich die sprachliche Klarheit und die Prägnanz dieses großen Sozialdemokraten.

Dem Politiker und gläubigen Christen Johannes Rau war die Bewahrung der Schöpfung ein echtes Herzensanliegen.

Der Mensch ist ein Teil der Natur und kann ohne sie nicht leben. Deshalb war Umwelt- und Naturschutz für Johannes Rau auch immer Menschenschutz.

Ökologie in seinem Sinne hatte nie mit einer rückwärtsgewandten Idylle und dem Ausstieg aus der Industriegesellschaft zu tun. Arbeit und Umwelt gehörten bei ihm zusammen. Johannes Rau hat die Umweltorganisationen stets aufgefordert, den Dialog mit den Arbeitnehmerorganisationen zu suchen. „Die ökologische Frage soll und darf nicht so beantwortet werden, dass sich dadurch soziale Fragen neu und verschärft stellen. Ein Bündnis für Arbeit und Umwelt ist möglich.“



Deutsche Umweltstiftung (Hrsg.):
Zukunftsverantwortung.
Reden von Bundespräsident
Johannes Rau zu Natur- und
Umweltschutz, München:
oekom verlag 2006.
ISBN-10: 3-86581-056-X.
ISBN-13: 978-3-86581-056-4.
14,80 Euro

Schon vor Jahren forderte er „die vielen Umweltaktionsprogramme und die vielen Sekretariate der Vereinten Nationen endlich zu einer kraftvollen Umwelt-Organisation“ zusammenzufassen. Er betrachtete internationale Umwelt- und Klimapolitik auch als Friedens- und Sicherheitspolitik. „Nicht mehr der Kampf ums Öl, der Kampf um Wasser wird der Kampf der vor uns liegenden Jahrzehnte.“

Dieses Buch wird dazu beitragen, das umweltpolitische Engagement von Johannes Rau lebendig zu halten. Wer sich für dieses Zukunftsthema interessiert, kommt an diesem Buch nicht vorbei. ■

DIE NRWSPD GRATULIERT...

...ZUM GEBURTSTAG

101 Jahre

26.3.1906 Theo Wilhelmy

95 Jahre

11.3.1912 Hilde Röhl
13.3.1912 Josef Valpertz
21.3.1912 Walter Sunde
31.3.1912 Anna Glaubke

...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

75 Jahre

Jakob Hauck

60 Jahre

Aenne Franz
Helmut Gelhorn
Johannes Zwilling

50 Jahre

Lotte Appel
Fredy Bekemeier
Reinhard Grätz
Walter Heukeroth
Franz Jankowski
Theo Klinger
Karl Schumacher
Helmut Teitzel
Paul-Erich Westphal
Karl-Heinz Wieczorek

SERVICECENTER DER NRWSPD

Das ServiceCenter der NRWSPD ist unter der Nummer 0 18 03/70 70 40 für 12 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz erreichbar. Die Nummer für alle Fragen und Änderungen bei Mitgliedsdaten!

IMPRESSUM

Herausgeber:

Frank Ulrich Wessel, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf
Redaktion: Bernd Neuendorf
Email: vorwaerts@nrwspd.de
Internet: www.nrwspd.de



"Politik hautnah erleben": 18 Jusos lernten während ihrer Praxiswoche den politischen Betrieb im Landtag kennen.

PRAXISWOCHE IM LANDTAG NRW

Unter dem Motto „Politik hautnah erleben“ konnten 18 Jusos im Rahmen des Bildungsprogramms der NRW-Jusos erste „parlamentarische Erfahrungen“ sammeln. Eine Woche lang, vom 22. bis zum 26. Januar lernten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den politischen Ablauf einer Plenarwoche kennen und erhielten interessante Einblicke in die Vorhaben der SPD-Fraktion.

Vor allem die zahlreichen Diskussionsrunden mit SPD-Abgeordneten, unter ihnen die Landes- und Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft, waren für die Jusos ein besonderes Erlebnis. Die Jusos diskutierten mit den Landtagsabgeordneten z.B. über Energie- und Wirtschaftspolitik. Abgerundet wurde das Programm durch Besuche in der Staatskanzlei und dem WDR-Studio Düsseldorf, sowie eine Führung durch den Landtag. ■



Auch ein Gespräch mit Hannelore Kraft, der Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag, stand auf dem Programm der Praxiswoche.

AKTIONSTAG 7. MÄRZ: HÄNDE WEG VON DEN STADTWERKEN!

Unter dem Motto „Privat vor Staat“ will die schwarzgelbe Landesregierung den Kommunen per Gesetz eine Einschränkung ihrer wirtschaftlichen Betätigung verordnen. Die „Initiative Kommunalwirtschaft“, eine Interessensgemeinschaft aus kommunalen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den Spitzenverbänden der Städte und Gemeinden in NRW sowie die Mieter- und Verbraucherschützer machen deshalb gegen die Änderung des § 107 in der Gemeindeordnung mobil. Auch die NRWSPD ist dabei: Für den Aktionstag am 7. März sind alle Genossinnen und Genossen aufgerufen, zur Großdemo nach Düsseldorf zu kommen, die Hauptkundgebung wird ab 12 Uhr vor der Staatskanzlei stattfinden. Weitere Infos hierzu in Kürze auf www.nrwspd.de. ■

HAUPTVERSAMMLUNG DER BG POST

Alle Mitglieder der AfA-Betriebsgruppe Post in Köln und Bonn sind zur Jahreshauptversammlung herzlich eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen u.a. Neuwahlen des Vorstandes und Delegiertenwahlen. Die Versammlung findet am Donnerstag, den 29. März 2007, um 18.30 Uhr im August-Bebel-Saal des Parteihauses (Albertusstr. 40/46, 50667 Köln) statt. ■

PROGRAMMKONFERENZ WEST AM 10. MÄRZ IN BONN

Um das neue Grundsatzprogramm der SPD dreht sich alles bei dieser Konferenz, zu der alle Parteimitglieder aus NRW, Rheinland-Pfalz und dem Saarland eingeladen sind. Neben einer Rede des Parteivorsitzenden Kurt Beck wird es Workshops zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Programms geben, Generalsekretär Hubertus Heil wird über den Stand der Debatte berichten. Die Programmkonferenz wird am 10. März ab 11 Uhr im Maritim-Hotel in Bonn stattfinden. Weitere Informationen hierzu in Kürze auf www.nrwspd.de. ■

FAMILIENFERIEN AN DER COTE D'AZUR

Mit besonderem Blick auf NRW bietet der SPD-Reise-Service einen Ferienaufenthalt für Familien in St. Maxime an. Dieser findet vom 23. bis 30. Juni 2007 statt. Das Freizeitangebot vor Ort, der Termin und die moderaten Preise werden sicherlich dazu beitragen, dass sich viele Genossinnen und Genossen mit Kindern oder allein für diese Reise entscheiden.

Preise je nach Kategorie pro Woche z. B.
im 2-Personen-Appartement p.P. 182,- Euro.
Eine vierköpfige Familie bezahlt für eine Woche
im 4-Personen-Appartement 399,- Euro!

Eine ausführliche Beschreibung gibt es beim SPD-ReiseService: SPD-ReiseService GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin

Tel.: 030 2559 4600, Fax.: 030 2559 4699

Mail: info@spd-reiseservice.de

www.spd-reiseservice.de